



Immer ein Nadelöhr bleiben wird die Beeskower Spreebrücke, solange nicht die große Ortsumgehung die Innenstadt vom Durchgangsverkehr entlastet.

MOZ-Fotos: Jur

Große Ortsumgehung kommt auf alle Fälle

Jeder will Auto vor der Tür, aber keine Straße vor der Tür

Beeskower Baudezernent antwortet Bürgern

Beeskow. Seit den 30er Jahren ist eine Ortsumgehung für Beeskow Dauerbrenner in der öffentlichen Diskussion, die selbst zu DDR-Zeiten nicht verstummte. In den 70er Jahren wurde sogar mit dem Bau eines ersten Teilabschnitts, der Industriestraße, begonnen. Baudezernent Knut Krüger: „Nach der Wende stand das Thema auch gleich wieder oben auf der Tagesordnung.“

Daß sie kommt, steht außer Frage. Klar ist auch, daß die Stadt weiträumiger umfahren wird als bei den bisherigen Varianten vorgesehen. Gegenwärtig läuft die Umweltverträglichkeitsprüfung bis in den Raum Radinkendorf und Ragow. Naturschützer, Forst- und Wasserwirtschaft, insgesamt rund 50 Träger öffentlicher Belange, haben Karten bekommen, in die sie Biotope oder Wasserreservoir oder was auch immer eintragen, was aus ihrer Sicht eine Trassenführung unmöglich macht.

Diese Karten werden am Ende für die Linienbestimmung übereinandergelegt. Wobei es nach den Erfahrungen des Baudezernenten nie gelingt, alle Belange unter einen Hut zu bringen. So daß man sich am Ende auf eine Variante verständigt, bei der die geringsten Schäden an Natur und Umwelt entstehen. Dies soll Anfang 1994 geschehen.

Dann folgen zwei Jahre für Projektierung und Genehmigungsverfahren. Baubeginn soll 1996, Fertigstellung im Jahr 2000 oder 2001 sein. Wobei der nahezu autobahnähnliche Ausbau der B 87 zwischen Leipzig und Frank-

furt im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist und die Ortsumgehung ohnehin unumgänglich macht.

Bis zu deren Fertigstellung wird sich der Verkehr in Beeskow jedoch fast verdoppeln. Also wird ein innerörtliches Provisorium gebraucht. Wobei alle zur Debatte stehenden Varianten im Osten die Ringstraße einbeziehen. Weshalb einige Anwohner alle diese Varianten ablehnen, wie sie in einem Papier konstatieren, das nach einer Anwohnerversammlung am 13. August formuliert wurde.

Statt dessen fordern sie eine große Umgehung, den Verzicht auf eine innerstädtische Umgehung, die Instandsetzung der bisher genutzten Straßen, eine Verteilung der Verkehrsströme auf mehrere Straßen und die Erklärung der Ringstraße zur Einbahnstraße von der Frankfurter Straße Richtung Fürstenwalde.

„Jeder will mit dem Auto bis vor die Tür, aber keiner will eine Straße vor der Tür“, polemisiert Knut Krüger. Und obgleich er begrüßt, daß Bürger nicht nur etwas ablehnen, sondern einen Vorschlag dagegensetzen, sei der Zeitpunkt für Entscheidungen einfach noch nicht herangereift. Kommen Mittwoch werden auf einer Beratung mit dem Straßenbauamt, dem Raumordnungsministerium und dem Planungsbüro Untersuchungen und Modellrechnungen ausgewertet, um zu fundierten Lösungen zu kommen. Der Dezernent versichert, daß danach eine Bürgerversammlung zum Thema stattfinden wird.

HARTMUT KOHLMETZ